

Bewerbungsbogen für die Bestellung von Bürgern zu Angehörigen der Sächsischen Sicherheitswacht

Hinweis nach §§ 12 u. 37 Sächsisches Datenschutzgesetz (SächsDSG): Die Angaben sind erforderlich, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Bestellung zur Sicherheitswacht im Sinne des Sächsischen Sicherheitswachtgesetzes vorliegen.			
1) Familien- (Geburts-) Name**, akademischer Grad		Lichtbild	
2) Vornamen (Rufname unterstreichen)			
3) Geburtsdatum, Geburtsort, Kreis, Land			
4) Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Gemeinde)		Jahr der Aufnahme des Lichtbildes:	
5) Staatsangehörigkeit	6) Schwerbehinderung/Gleichstellung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	7) Brillenträger <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
8) Familienstand <input type="checkbox"/> nicht verheiratet <input type="checkbox"/> verheiratet			
9) Schulabschluss/Berufsausbildung			
Art	Schule, Ausbildungsstätte	Datum der Abschlussprüfung	Ergebnis

* Füllen Sie bitte den Bewerbungsbogen vollständig in Druckbuchstaben aus. Reicht der Raum des Vordruckes dafür nicht aus, setzen Sie die Beantwortung unter Bezugnahme auf die Nummer auf einem Einlegeblatt fort. Nur die richtige, vollständige und erschöpfende Beantwortung der Fragen gestattet eine zügige Bearbeitung.

** Ggf. auch frühere Familiennamen angeben.

10) Derzeit ausgeübte Berufe/Tätigkeiten				
Art	Umfang		Ort	
11) Tätigkeit im öffentlichen Dienst				
Art	Dienststelle	Von	Bis	Ggf. Grund der Beendigung
Mit der Einsichtnahme in meine Personalunterlagen bin ich einverstanden				
12) Besondere Kenntnisse und Fähigkeiten (z. B. Sprachkenntnisse, Computerkenntnisse, Jagdschein, waffenrechtliche Erlaubnisse, Sportabzeichen)				
Hinweis gem. §12 SächsDSG: Die Angaben unter Nummer 12 sind freiwillig. Sie können von diesen Angaben absehen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Eine datenmäßige Speicherung erfolgt nicht.				

13) Bewerbung

Ich bewerbe mich um die Bestellung zur Sächsischen Sicherheitswacht und gebe dazu folgende Erklärung ab:

Ich erkläre hiermit,

- dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe,
- dass mir nicht bekannt ist, dass gegen mich ein Strafverfahren oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren anhängig ist,
- dass mir nicht bekannt ist, dass ein den o. g. Verfahren entsprechendes ausländisches Verfahren anhängig ist bzw. eine Maßnahme in einem solchem Verfahren gegen mich verhängt worden ist,
- dass ich mit der Durchführung der ggf. notwendigen ärztlichen Untersuchungen zur Beurteilung meiner Diensttauglichkeit einverstanden bin.

Mir ist bekannt, dass mir ein durch das Bestellungsverfahren entstehender Verdienstaufschlag nicht erstattet werden kann. Ich versichere, dass ich die vorstehenden Fragen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet habe. Ich weiß, dass eine falsche Angabe die Einstellung des Bewerbungsverfahrens bzw. den Widerruf der Bestellung (Entlassung) nach sich ziehen kann.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewerberin/des Bewerbers

Die Überprüfung, ob ein Strafverfahren oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren anhängig ist, bedarf einer Abfrage im Polizeilichen Auskunftssystem Sachsen (PASS) und im Informationssystem der Polizei (INPOL) durch die bearbeitende Polizeidienststelle.

Dies erfordert die Einwilligung der Bewerberin bzw. des Bewerbers. Wird die Einwilligung hierzu verweigert, kann dies zum Ausschluss aus dem Bewerbungsverfahren führen.

Ich erkläre mich mit einer Abfrage im Polizeilichen Auskunftssystem Sachsen (PASS) und im Informationssystem der Polizei (INPOL) zu meiner Person im Sinne von § 4 Abs. 1 Nr. 2 SächsDSG einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewerberin/des Bewerbers

Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue

Name, Vorname

Geburtsdatum

Wohnanschriften seit dem 18. Lebensjahr

von	bis	Postleitzahl Wohnort	Straße Hausnummer

Von der Unvereinbarkeit der Tätigkeit im öffentlichen Dienst mit Bestrebungen, die sich gegen die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne der Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst richten, habe ich Kenntnis genommen. Mir ist bekannt, dass ich bei den nachstehenden Fragen eine Mitgliedschaft oder Mitarbeit in extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen und in extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländervereinen anzugeben habe.

Die nachstehenden Fragen beantworte ich wie folgt:

1. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisation?

Ja

Nein

Organisation: _____

Zeitraum: _____

Funktion : _____

2. Unterstützen Sie eine extremistische oder extremistisch beeinflusste Organisation oder haben Sie eine solche unterstützt?

Ja

Nein

Organisation: _____

Zeitraum: _____

Art der Unterstützung: _____

* Füllen Sie bitte den Fragebogen vollständig in Druckschrift aus. Beantworten Sie die einzelnen Fragen erschöpfend. Reicht der Raum des Vordruckes dafür nicht aus, so setzen Sie die Beantwortung unter Bezugnahme auf die Nummer auf einem Einlegeblatt fort. Nur die richtige, vollständige und erschöpfende Beantwortung der Fragen gestattet eine zügige Bearbeitung.

3. Sind Sie für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR, für eine der Untergliederungen dieser Behörden, für ausländische Nachrichtendienste oder für vergleichbare Institutionen tätig gewesen?

Ja

Nein

Zeitraum:

Funktion bzw. Art und Weise der Unterstützung:

4. Waren Sie sogenannter Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/des Amtes für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR oder ausländischer Nachrichtendienste/ Institutionen oder vergleichbarer Dienste bzw. haben Sie eine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit einer der genannten Stellen unterschrieben?

Ja

Nein

Falls ja, nähere Angaben

5. Hatten Sie vor dem 9. November 1989 Mandate oder herausgehobene Funktionen in oder für politische Parteien oder Massenorganisationen (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund - FDGB; Freie Deutsche Jugend - FDJ; Demokratischer Frauenbund Deutschland - DFD; Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe - VdgB; Kulturbund - KB; Gesellschaft für Sport und Technik – GST) der DDR? Hatten Sie in dieser Zeit eine sonstige herausgehobene Funktion im System der DDR?

Ab folgenden Ebenen kann in der Regel von einer herausgehobenen Funktion ausgegangen werden:

- Vorsitzende einer Massenorganisation ab Betriebs- oder Behördenebene,
- SED-Partei sekretär ab Abteilungsparteiorganisations (APO)-Ebene,
- Vorsitzende und Mitglieder der Sekretariate der Nationalen Front ab Ebene der Kreisverbände,
- Vorsitzende und Sekretäre der Führungsgremien der Parteien ab Kreis- und Stadtebene,
- Vorsitzende und Sekretäre der gesellschaftlichen Organisationen ab Kreis- und Stadtebene,
- Als herausgehobene Funktion ist ferner eine hauptamtliche Lehrtätigkeit an den Bildungseinrichtungen der Parteien oder der Massenorganisationen anzusehen.

Ja

Nein

Organisation: _____

Zeitraum: _____

Funktion: _____

6. Ist gegen Sie ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit eingeleitet worden?

Ja

Nein

Falls ja, nähere Angaben

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet habe. Ich weiß, dass eine falsche Angabe die Einstellung des Bewerbungsverfahrens bzw. den Widerruf der Bestellung (Entlassung) nach sich ziehen kann.

Ort , Datum

Unterschrift der Bewerberin/des Bewerbers

Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Zum Angehörigen der Sächsischen Sicherheitswacht kann nur bestellt werden, wer Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen eintritt. Damit ist insbesondere unvereinbar jede Verbindung mit einer Partei, Vereinigung oder Einrichtung, die die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen ablehnt oder bekämpft, oder die Unterstützung anderer verfassungsfeindlicher Bestrebungen.

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (vgl. Urteil vom 23.10.1952, Az.: 1 BvB 1/51, Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes Bd. 2, S. 1, Urteil vom 17.08.1956, Az.: 1 BvB 2/51, Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes Bd. 5, S. 85) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalitären Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Angehörige der Sächsischen Sicherheitswacht, die sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig machen, müssen damit rechnen, dass ihre Bestellung widerrufen wird.

Erklärung

Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die vorstehenden Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein Verhalten zu ihnen zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes oder gegen eines ihrer oben genannten grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und auch nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation bin oder in den letzten fünf Jahren war.

Ich bin mir darüber im Klaren,

- dass ich bei falschen, unvollständigen oder fehlenden Angaben im Bestellungsverfahren damit rechnen muss, dass ich nicht bestellt werde oder eine erfolgte Bestellung widerrufen wird,
- dass ich bei einem Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst mit Widerruf der Bestellung rechnen muss.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift